



Nueva Nicaragua **Informe**

19. Jahrgang

Januar 2022

Nr. 204

Die Linke Lateinamerikas: Erfolgswellen und Gegenwinde

Wolfgang Herrmann

Erfolgswellen und Gegenwinde: Diese Linke ergibt sich nicht, wechselt nicht den Kurs, steht erneut auf und kämpft weiter. Und die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung aus Nicaragua ist dabei.



*Allen Freundinnen und Freunden, Leserinnen und
Lesern ein friedliches, gesundes und erfolgreiches
Jahr 2022!*

Die Teilnehmer des 21. Forums von Sao Paulo, die sich 2015 in Mexiko-Stadt trafen, schätzten damals ein, dass Lateinamerika und die Karibik einen Wandel der Epoche erleben, der von zwei Tendenzen bestimmt wird. „Die eine Tendenz ist die Offensive der neoliberalen kapitalistischen Kräfte und des Imperialismus mittels der multinationalen Zusammenarbeit, vor allen mit den USA, bis hin zur militärischen Konfrontation. Die reaktionäre Hauptkraft im Innern ist die jeweilige Oligarchie, rechte Oppositionen sind ihre Handlanger. Die andere Tendenz besteht im kontinuierlichen Voranschreiten der linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik. Diese Tendenz ist noch keine hin zum Sozialismus. So erfreulich der eine oder andere Erfolg auch sein mag, Grund zur Euphorie gibt es nicht.“

Bei der Beurteilung der Lage sollten drei Faktoren beachtet werden: Erstens sitzen die Oligarchen und bürgerlichen Kräfte in allen lateinamerikanischen und karibischen Staaten, mit Ausnahme Kubas, an den Schalthebeln der Wirtschaft. Ihre Profite bunkern sie auf Bankkonten in den USA. Zweitens befinden sich außer auf Kuba, in Nicaragua und Venezuela die Streit- und Polizeikräfte nicht in den Händen der Volkskräfte. Ausgerüstet und trainiert werden sie oft von den USA, die in den meisten Ländern Militärbasen unterhalten. Loyalitätserklärungen können zu Makulatur werden, wie die Putsche 2009 in Honduras und 2019 in Bolivien bewiesen. Drittens besitzt die katholische Kirche nach wie vor großen ideologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einfluss. Hinzu kommt die wachsende Präsenz der Evangelikalen.

Dem setzen die linken und Fortschrittskräfte die Mobilisierung der Volksmassen entgegen und bauen bei allen ideologischen Unterschieden an der Einheit der Völker. Sie üben Solidarität untereinander und benötigen die internationale Solidarität. Und sie finden in der Volksrepublik China und Russland starke Unterstützer ihrer auf Frieden, solidarische Zusammenarbeit und soziale Gerechtigkeit orientierenden Programme. Die Ausrichtung ist noch nicht bei allen linken und Fortschrittskräfte sozialistisch. Sie ist jedoch bei allen antiimperialistisch.

Ausgangs des 20. Jahrhunderts erlebten die linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik einen Aufschwung. Hugo Chávez leitete in Venezuela die Bolivarische Revolution ein. Die linke Welt reagierte euphorisch. Vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts war die Rede. Dem linken Aufschwung folgte ein Rechtsruck. Über Wahlen und Putsche gelangten die Rechten in ehemaligen linksregierten Ländern erneut an die Regierung. Das stoppte den Fortschrittsprozess. Die Rechten machten das, worauf Daniel

Ortega auf dem 23. Forum von Sao Paulo im Juli 2017 in Managua aufmerksam machte: „Sie drängten uns das demokratische Mittel der Wahlen auf, um an die Regierung kommen zu können. Sind wir aber an der Regierung, wenden sie alle undemokratischen Mittel an, um uns von dort wieder zu vertreiben.“

CELAC wurde lahmgelegt. Die Regierungen von Mauricio Macri (Argentinien), Pedro Pablo Kuczynsky (Peru), Jair Bolsonaro (Brasilien), Iván Duque (Kolumbien) und weiterer Reaktionäre der Region lösten UNASUR auf und bildeten die reaktionäre Lima-Gruppe. In Venezuela und Nicaragua wurden „weiche Putsch“ inszeniert. Die Versuche misslangen. 2019 raubten rechte Putschkräfte mit Unterstützung der OAS der MAS und Evo Morales den Wahlsieg.

Die Rechten Lateinamerikas und der Karibik schafften es jedoch nicht, eine unumkehrbare konservative Welle aufzubauen. Ihre neoliberale Politik hatte schlimme Folgen. Die Corona-Pandemie verschärfte die Lage. Die Wirtschaft der Region sank um 7,4 Prozent. Drei Millionen Unternehmen gingen Pleite und mindestens 50 Millionen Menschen verloren ihre Arbeitsplätze. Von den mehr als 600 Millionen Lateinamerikanern und Kariben leben 200 Millionen in tiefer Armut. Nach den USA hat der Subkontinent die meisten Corona-Toten zu beklagen. Hinzu kommen die verheerenden Folgen des Klimawandels, unter denen die Region besonders stark leidet.

Die linken und Fortschrittskräfte widerstanden der rechten Offensive und formierten sich neu. Sie unterstützten die Wahl von Andrés Manuel López Obrador in Mexiko und Alberto Fernández in Argentinien. Beide betreiben eine Politik des Klassenkompromisses. Neben linken und sozialen Kräften integrieren sie auch Teile der Oligarchie, des nationalen Unternehmertums und der konservativen Rechten in ihre Regierungssysteme. Die Rechten der Region wiederholen ständig, dass Kuba, Venezuela und Nicaragua kommunistische Diktaturen haben. Ihre radikalsten Sektoren schließen in diese Charakteristik sogar die Regierungen von Bolivien, Mexiko, Argentinien und Peru ein.

2021 war ein Jahr neuer Erfolgswellen und Gegenwinde für die linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik. Dem Weltimperialismus gelang es nicht, die kubanische Revolution zu erwürgen. Die Karibikinsel Barbados befreite sich vom Kolonialismus der britischen Krone und erklärte ihre Unabhängigkeit. Das peruanische Volk wählte in der Hoffnung auf einen nachhaltigen sozialen Wandel mit Pedro Castillo einen einfachen Lehrer aus dem ländlichen Raum zum Präsidenten.

Im November 2021 fand eine Reihe von Wahlen statt. Weil der Sandinismus in Nicaragua gute wirtschaftliche und soziale Ergebnisse erreichte, solide Gesundheits- und Bildungssysteme aufbaute und das Land zum sichersten in Mittelamerika machte, entschieden 75,9 Prozent der an der Wahl teilnehmenden Bevölkerung am 7. November 2021, dass Comandante Daniel Ortega und die FSLN das Land weiterhin regieren.

In Venezuela gewann die Vereinte Sozialistische Partei in den Regionalwahlen 20 der 23 Regionen und die Hauptstadt Caracas. Bei den Vorwahlen in Argentinien im September 2021 erlitt die „Frente de Todos“ von Präsident Alberto Fernández eine Niederlage. Verantwortlich dafür waren die desaströse wirtschaftliche und soziale Lage, die von der Vorgängerregierung Macri verursachte hohe Verschuldung und die noch nicht überwundenen katastrophalen Folgen der Pandemie des COVID-19. Die Hauptwahlen am 14. November 2021 ergaben, dass die „Frente de Todos“ in der Abgeordnetenkommer stärkste Partei bleibt. Im Senat verlor sie die Mehrheit. Trotz des bescheidenen Ergebnisses blieb die von den Rechten erhoffte „Klatsche“ für Fernández aus.

Nach der ersten Wahlrunde lag in Chile der Kandidat der extremen Rechten und Sohn eines deutschen Wehrmachtoffiziers José Antonio Kast vorn. Zweiter wurde der Kandidat des progressiven Bündnisses „Apruebo Dignidad“ Gabriel Boric. Am 19. Dezember fand die Stichwahl zwischen Kast und Boric statt. Sie wurde von Gabriel Boric gewonnen. Kast erkannte den Wahlsieg von Boric an.

In Honduras erzielte die Fortschrittsfront von Xiomara Castro, Ehefrau des durch den Putsch im Jahre 2009 gestürzten Ex-Präsidenten Manuel Zelaya, einen klaren Wahlsieg. Die Kandidaten der rechten Parteien erkannten ihren Wahlsieg an.

Am 29. November begaben sich in Bolivien Tausende Menschen auf den „Marsch für das Vaterland“. Auf dem abschließenden Massenmeeting in der Hauptstadt La Paz forderten sie Respekt vor der Demokratie und der Regierung von Luis Arce. Am 1. Dezember 2021 feierten die Massen in Zócalo, Mexiko, die Hälfte der historischen Amtszeit von Andrés Manuel López Obrador. Sie eröffnete die Chance für eine Politik der Selbstbestimmung in der Region.

Der frische lateinamerikanische Wind verleiht Gustavo Petro in Kolumbien und Ex-Präsident und Arbeiterführer Lula da Silva in Brasilien Auftrieb für die Wahlen im Jahr 2022.

Die Initiativen für die souveräne Integration der lateinamerikanischen und karibischen Staaten haben wieder Fahrt aufgenommen. Der geopolitische Wellengang Chinas und Russlands wirkt den Hegemonieabsichten Washingtons entgegen. Die USA möchten die OAS als diplomatischen Arm erhalten. Die Forderungen nach Ersetzung der OAS durch die CELAC werden jedoch nachdrücklicher.

Mercosur, das südamerikanische Marktbündnis, das seinen neoliberalen Charakter durch das Treiben Brasiliens, Paraguays und Uruguays eine Zeit lang konservieren konnte, verlor an Zugkraft. Dem gegenüber konnte ALBA-TCP den Charakter der souveränen Alternative aufrechterhalten.

Neu ist der Auftritt von RUNASUR, das indigene Pendant zum multilateralen Staatenbündnis UNASUR. RUNASUR ruft zum Aufbau eines vielnationalen Amerikas auf und ermuntert zur Neugründung der Zusammenarbeit mit antiimperialistischem Charakter. Seine Protagonisten stellen sich eine Gemeinschaft ohne Teilnahme der postkolonialen transnationalen Bourgeoisie vor.

Der VI. CELAC-Gipfel im September 2021 in Mexiko war ein Erfolg des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador und der mexikanischen Diplomatie. Nach sechsjähriger Abstinenz trafen 32 der 34 ideologisch unterschiedlichen Mitgliedsstaaten wieder zusammen. Nur Brasilien und Kolumbien fehlten.

Mexiko hat zurzeit die Präsidentschaft im UN-Sicherheitsrat inne. Dort kündigte der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador am 8. November 2021 an, dass er der UN-Generalversammlung einen „Welt-Plan der Brüderlichkeit und des Wohlstandes“ vorlegen will. Dessen Ziel besteht darin, den 750 Millionen Menschen, die täglich mit weniger als zwei US-Dollar leben müssen, ein würdiges Leben zu garantieren.

Die linken Volksregierungen haben den Satz von Fidel Castro, dass „die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die Vernichtung der Umwelt sind“, verinnerlicht. Im April 2021 starteten sie ihre Initiative „Wiedersehen mit Pachamama“. Auf dem Glasgower Klimagipfel schlossen sie sich der Forderung „Systemwandel statt Klimawandel“ an.

Und wieder ist zu erwarten, dass die Gegner der linken und Fortschrittskräfte zurückschlagen werden. Von den USA finanzierte exilkubanische Contras wollten im November 2021 weltweit Demonstrationen organisieren. Unmittelbar nach dem Wahlsieg der Sandinisten setzte die USA-Regierung das Gesetz „RENACER“ in Kraft. In Washington liegen die Regiebücher der Regimewechsel in Nicaragua, Venezuela, Bolivien und Peru bereit.

Kampf für den Frieden, erbitterter Klassenkampf, wichtige Wahlen, Konfrontation der Projekte, Corona und Klimawandel stehen auf der Agenda der linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik.

Wir werden sie hören: „No Pasarán!“, „Venceremos!“, „Hasta la Victoria Siempre!“, „Trabajo y Paz!“

Managua-Beijing: Die neue Route

Fabrizio Casari auf Tortilla con Sal



Am 10. Dezember 2021 stellten die Volksrepublik China und die Republik Nicaragua diplomatische Beziehungen her. Beide Regierungen wollen freundliche Bande zwischen den Ländern auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität pflegen.

Die Regierung Nicaraguas erkennt an, dass es nur ein China in der Welt gibt, die Regierung der VR China die einzige legitime Regierung ist, die das gesamte China repräsentiert und Taiwan unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums ist. Die Regierung Nicaraguas bricht ihre diplomatischen Beziehungen mit Taiwan ab und wird nicht mehr zu irgendwelchen Beziehungen und offiziellen Kontakten mit Taiwan zurückkehren.

Die Regierung der VR China bekundete ihre Wertschätzung gegenüber der erklärten Position der Regierung Nicaraguas.

Die internationale Gemeinschaft (des Westens) war von diesem Schritt der souveränen Regierung Nicaraguas überrascht. Washington reagierte ablehnend auf diese Entscheidung und behauptete, dass sie sich gegen die Interessen der Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner richte. Mit den Sanktionen gegen Nicaragua schützen die USA wohl diese Interessen?

Mit der Einstellung der Beziehungen verliert Taiwan auch den letzten Posten der Handelsbeziehungen mit Zentralamerika. Nicaragua, Panama, El Salvador, Costa Rica und die Dominikanische Republik haben nur noch den Part-

ner VR China. Und Honduras wird in Kürze entsprechend des Wahlprogramms der neuen Präsidentin Xiomara Castro Beziehungen zur VR China herstellen und die mit Taiwan abbrechen.

Die Beziehungen zwischen Nicaragua und der VR China tragen politischen und kommerziellen Charakter. Der politische Aspekt besteht im überaus starken Druck der USA und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), vertreten durch deren Generalsekretär Almagro, auf Nicaragua. Sie drohen damit, die Charta der OAS gegen Nicaragua anzuwenden. Nun hat aber Nicaragua diese Organisation verlassen und Almagro hat an Ansehen verloren. Er machte im Schatten Washingtons Karriere. Die Länder, die sich bei der letzten Abstimmung der Stimme enthielten, stehen in Opposition zu den einseitigen Maßnahmen, was die OAS spalten könnte. Und das könnte wiederum zur Abschussrampe für Almagro werden.

Eine weitere Drohung besteht darin, Nicaragua aus den Freihandelsvertrag mit Zentralamerika auszuschließen. Das könnte Schwierigkeiten auslösen. Die Verflechtung der Handelsbeziehungen unter den zentralamerikanischen Ländern würde beim Scheitern der bestehenden Verträge mit Managua dazu führen, dass sich die Partner neue Märkte suchen müssten. Das wäre für die bisherigen Handelspartner Nicaraguas weniger vorteilhaft. Den Preis für das kriminelle Wüten der USA müssten ihre folgsamen Verbündeten bezahlen.

Mit der Öffnung für den chinesischen Marktes ist der Exportumschlag Nicaraguas abgesichert. Die Gefahr, die Exporte aus den übrigen zentralamerikanischen Ländern nach Nicaragua zu blockieren, falls sich Managua nicht dem Willen des Imperiums fügt, wäre gering.

Die Beendigung der Beziehungen mit Taiwan und die Wiederaufnahme der Beziehungen zur VR China haben einen absoluten Wert, sowohl taktisch als auch strategisch. Taktisch, weil die Auswirkungen der Sanktionen der OAS, der USA mit dem Gesetz „Renacer“ und der Europäischen Union enorm eingeschränkt werden. Strategisch, weil die VR China ein politischer Schutzschild auf höchstem Niveau ist. Die VR China hat ein internationales Gewicht, das dem Westen Paroli bieten kann. Sie hat mit Russland einen politisch-militärischen Vertrag.

Für Nicaragua und die VR China wird möglich, das Projekt des Großen Interozeanischen Kanals wieder aufzunehmen. Mit diesem Projekt übernehme Nicaragua eine Führungsrolle in Zentralamerika. Andererseits erhielte die VR China mit Nicaragua einen Partner auf einem bevorzugten Seeweg über

zwei Ozeane, den Pazifik und den Atlantik. Strategisch betrachtet ist der Kanal von enormer Bedeutung für beide Länder.

Im Juni 2013 beschloss die Nationalversammlung Nicaraguas das Gesetz 840 für die Konzession, den Bau und den Betrieb des Großen Interozeanischen Kanals. Die Regierung beauftragte die chinesische Investitionsgruppe HKND mit der Ausführung des Projekts. Die Kosten waren mit 50 Milliarden US-Dollar veranschlagt. In Zukunft könnten jährlich mehr als 5.000 Schiffe über den Kanal kreuzen. „Wenn der Kanal gebaut würde, wäre das eine große Sache für Nicaragua. Das ist ein Bauwerk von Weltinteresse“, meinte der Wissenschaftler für Internationales Recht Manuel Madriz Fornos.

Der Präsident der Gruppe HKND, der chinesische Unternehmer Wang Jing, gratulierte Präsident Daniel Ortega zur Entscheidung, die Beziehungen zu China wiederherzustellen. „Nicaragua ist dazu berufen, ein wichtiger Ort auf der Pazifik-Atlantik-Achse zu werden. Das Land würde damit ein aufstrebendes Zentrum, das die Wirtschaft, den Handel, die Technologie und die Kultur zwischen Ost und West befördert. Es wäre ein Kanal, der die Freundschaft zwischen den Völkern verkörpert und die Suche nach Freiheit, Wohlergehen und Zivilisation im Namen der Völker der Welt symbolisiert.“

Die Öffnung Nicaraguas für den chinesischen Markt und die chinesischen Banken schützt das Vaterland Sandinos vor den finanziellen und kommerziellen Repressalien des Imperiums. Das Gesetz „Renacer“, mit dem Washington dachte, Managua schaden zu können, wurde mit der Unterschrift unter das diplomatische Protokoll zu einem nutzlosen Stück Papier. Die Option, sich mit Beijing zu verbinden, bringt für Nicaragua entscheidende Verbesserungen. Der Augenblick scheint perfekt zu sein. Comandante Daniel Ortega hat wieder einmal taktisches Geschick bewiesen. Kurz vor der erneuten Amtsübernahme Ortegas (im Januar 2022) bereiteten sich die USA und die OAS darauf vor, sein Gewicht und seine Souveränität mit neuen Sanktionen und Drohungen zu untergraben. Sie irrten sich, als sie glaubten, die sandinistische Regierung beim Kragen nehmen zu können und diese aufgeben würde.

Die Beziehungen zwischen Nicaragua und der VR China entstanden in den 1980er Jahren, nachdem die Sandinistische Volksrevolution in Nicaragua gesiegt hatte. Sie wurden von Ex-Präsidentin Violeta Barrios abgebrochen, nachdem sie 1990 an die Macht kam. Sie stellte Beziehungen zu Taiwan her. Diese Geschichte ist nun vorbei.

XX. ALBA-Gipfel in Havanna

Quelle: *teleSur*



14. Dezember 2021 fand im Palast der Revolution in Havanna der XX. Gipfel der Bolivarianischen Allianz der Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) statt. Der Gipfel stand unter der Losung „17 Jahre Verteidigung des Friedens und der lateinamerikanischen und karibischen Integration“.

Der Gipfel erörterte das Thema der Einmischungspolitik und der ungesetzlichen Wirtschafts-, Finanz- und Handelssanktionen der USA gegenüber Ländern der Region. Die Teilnehmer berieten über Pläne der Fortsetzung und Verstärkung der Zusammenarbeit, der Solidarität, der Unabhängigkeit und der Souveränität des regionalen Forums.

Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez machte in seiner Rede auf die jüngsten Erfolge in den Mitgliederländern wie die Wahlen in Venezuela und Nicaragua, die Verhinderung der Putschversuche in Bolivien und Peru sowie im Kampf gegen die Pandemie des Covid-19 aufmerksam. Er teilte mit, dass sein Land in der Gesundheitskrise durch Covid-19 mehr als 50 Ländern, darunter den Mitgliedsländern der Allianz, solidarische Hilfe erweist.

„Die Treffen in Havanna wieder aufzunehmen, inspiriert doppelt. Nicht nur, weil die Nachbarschaft ein Signal dafür ist, dass wir die Pandemie überwinden werden, sondern auch, weil wir den XX. Gipfel begehen können.“

Miguel Díaz-Canel kritisierte den Verteilungsmechanismus der Anti-Covid-Impfstoffe. Die entwickelten Länder kauften Impfstoffe auf, die anderen fehlten. Damit schufen sie Voraussetzungen für das Erscheinen neuer Virus-Varianten. Er rief die Mitgliedsländer auf, sich für die Zeit nach der Pandemie zu vereinen. Das wird das zentrale Thema des Gipfels im März 2022 sein.

Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel sagte, dass in den zwei Jahren des Kampfes gegen die Pandemie das Gewicht der Solidarität deutlich zu spüren war. Das beweise, dass in schwierigen Zeiten der Zusammenhalt nicht nur erforderlich, sondern auch möglich sei. „Unser Block entwickelte sich zu einer authentischen moralischen Kraft der Würde. Das ehrt die Völker Amerikas... Wir sind ein Zusammenhalt von Nationen, die nicht aufhören werden, das vollständige Wohlergehen ihrer Völker zu erreichen.“

In Bezug auf die Bekämpfung der Pandemie sagte der kubanische Staatsmann: „Ihr könnt euch auf die kubanische Solidarität verlassen... Unsere Impfstoffe, unsere Untersuchungserkenntnisse und –kapazitäten stehen im Dienste der Menschheit, vor allem aber für das Wohlergehen der Brudervölker Lateinamerikas und der Karibik.“

Miguel Díaz-Canel benannte die Verteidigungshaltung der Völker angesichts der verschiedenen einseitigen Zwangsmaßnahmen der USA-Regierung. „Die USA und ihre transnationalen Verbündeten hören nicht auf, die Natur-schätze Unseres Amerikas auch in Corona-Zeiten zu rauben. Die Konten der Mächtigsten wachsen an. Der Egoismus und die Ambitionen, welche die Hegemonie-Wirtschaften befördern, erschwerten die Lösung der Probleme, die durch die Pandemie unmittelbar und global hervorgerufen wurden.“

Washington versuche, die Arbeit der internationalen Organisationen zu ersetzen und sich als Weltrichter aufzuspielen. Es bestimmt den Grad der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte. In diesem Zusammenhang befasste er sich mit der jüngsten OAS-Beratung über Demokratie, von der Kuba, Venezuela, Nicaragua und Bolivien ausgeschlossen waren. „Glücklicherweise haben sie uns nicht eingeladen. Die USA haben ein sehr armes Konzept der Demokratie, wenn sie uns ausschließen, weil wir anders arbeiten und regieren. Keine tausend einseitige Sanktionen oder Zwangsmaßnahmen können die Völker Kubas, Nicaraguas und Venezuelas, die sich nach Einheit sehnen und die am meisten von der Weltpolizei gezüchtigt werden, beugen.“

Der kubanische Präsident geißelte die Moral des Weißen Hauses, das sich das Recht herausnimmt zu bestimmen, was Demokratie sei. Washington manipulierte die Rechtssysteme und kontrollierte weltweit die Medien, um fortschrittliche Persönlichkeiten zu verfolgen, einzusperren und zu verurteilen. „Es förderte und unterstützte den Putsch in Bolivien und entwarf Pläne, um die sozialen Fortschritte der rechtmäßig gewählten Regierungen der Linken Lateinamerikas zu revidieren.“

Der venezolanische Präsident Maduro sagte, dass ALBA-TCP die Souveränität der Völker verteidigt. „Nur gemeinsam wird es möglich sein, den Traum der Völker nach Entwicklung, Stabilität und Wohlergehen zu erfüllen.“

Nicolás Maduro betonte, dass nur ALBA-TCP die Kapazitäten hat, um den neuen Herausforderungen der Welt entgegenzutreten.

„Wenn wir uns darauf konzentrieren, Lebensmittel und Medikamente zu produzieren, wenn wir den Währungsrat von ALBA wiederbeleben und die Aufgabe der virtuellen Währung in Angriff nehmen, wenn wir in der Lage sind, die Aufgabe der Währung und Finanzen auf die Tagesordnung zu setzen,

dann wird ALBA in eine neue Etappe als Avantgarde der revolutionären Veränderungen eintreten.“

Der venezolanische Staatschef sagte, dass die Abwehr der ständigen Aggressionen der USA eine prinzipielle Herausforderung ist. „Sie betrachten uns immer noch als ihren Hinterhof. Letztendlich ist es die Monroe-Doktrin, die niemand haben will... ALBA-TCP hat die Fähigkeit, in Aktion zu treten. Die neuen Herausforderungen sind groß. Wir bereiten uns vor, um sie zu meistern. Wir haben die politische Kraft und das Bewusstsein dazu. Wir verteidigen das Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung der Völker.“

Nicolás Maduro rief die Teilnehmerländer des XX. Gipfels dazu auf, einen umfassenden Plan der wirtschaftlichen Entwicklung zu erarbeiten. Er erinnerte an die Entstehung von ALBA-TCP im Jahre 2004 als Alternative zum raffgierigen Imperialismus, der versucht hatte, mit dem ALCA-Projekt die Länder des Südens erneut zu kolonialisieren.

Maduro bezog sich auf die konkreten Aktionen der Zusammenarbeit während der Corona-Pandemie und gegen die Klimaphänomene wie die Hurrikans über den karibischen Inseln.

Der venezolanische Präsident hob die Wahlsiege von Daniel Ortega in Nicaragua und Luis Arce in Bolivien hervor. Die Destabilisierungspläne der Rechten wurden durchkreuzt.

Der Präsident Nicaraguas Daniel Ortega erklärte auf dem Gipfel, dass die Würde und der Widerstand der Völker mächtiger ist als irgendein Imperium. Er sagte, dass ALBA wichtig sei, um die Einheit zu erlangen. Die Widerstandsfähigkeit Kubas, Venezuelas und Nicaraguas beweise die Bedeutung der Würde, um dem von der USA und ihren Verbündeten praktizierten politischen und wirtschaftlichen Terror die Stirn bieten zu können.

Ortega erklärte, dass Kuba das beste Beispiel der Würde, der Überzeugung und der Festigkeit sei. Es widerstand, schaffte und blieb bestehen inmitten der furchtbaren Aggressionen des Imperialismus. Und er ergänzte, dass die USA die Menschenrechte Kubas verletzen. Die Blockade sei ein Akt des Völkermordes in einer Welt, die gegen die Corona-Pandemie kämpfen muss. Ortega betonte, dass, während andere Aggressionen starten, ALBA-TCP Programme aufstellte, um die Armut zu bekämpfen, medizinische Hilfe zu erweisen und die Asymmetrien zwischen den Nationen durch humanistische Aktionen zu verringern. Aus diesem Grunde hetzen sie. Der Imperialismus will den Aufbau eines neuen Weges für eine Welt in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde torpedieren.

Ortega erinnerte an die Verfolgung des Diplomaten Alex Saab und dessen Auslieferung an die USA. Sein Vergehen bestand darin, dass er unterwegs war, um für das venezolanische Volk Lebensmittel, Medizin und andere lebenswichtige Erzeugnisse zu orten. Und das in einer Zeit, in der die USA

Venezuela mit einseitigen Zwangsmaßnahmen belegen mit dem Ziel, das Land zu destabilisieren und die Regierung zu stürzen.

„Wir erleben eine weitere Pandemie, die Pandemie des ungezügelten Kapitalismus, des Imperialismus, der im Namen der Demokratie Staaten zerstört und Chaos auslöst.“

In Bezug auf die Feindschaft gegenüber Nicaragua erklärte Ortega, dass die Aggressionen mit der interozeanischen Route und der Chance, einen Kanal zu bauen, zusammenhängen. Tatsächlich geht es aber gegen den tiefen Antimperialismus des nicaraguanischen Volkes.

Comandante Ortega ging auch auf die Lage der Migranten in Lateinamerika und der Karibik ein. Sie verkaufen ihre Arbeitskraft an die USA, um leben zu können und sorgen damit für das Wirtschaftswachstum Nordamerikas.

Abschließend beschäftigte Ortega sich mit der Geschichte der Region, speziell Nicaraguas.

„Die Völker Lateinamerikas und der Karibik wurden zunächst von den spanischen und britischen Kolonialherren, danach von den USA besetzt und ausgeraubt. Die USA behaupten, dass Amerika ihnen gehört. Uns sehen sie als Hinterhof. Daraus erklären sich die vielen Einmärsche in unsere Länder... In Nicaragua begann das mit William Walker, der sich sogar zum Präsidenten ernannte. Er wurde von der USA-Regierung anerkannt. General Benjamín Zeledón kämpfte in Nicaragua gegen die Yankee-Invasoren. Er fiel im Kampf. Ihm folgte Sandino, der Zeledón ‚Vater der Würde‘ nannte. Die Geburtsstunde des Anti-Yankee-Verständnisses und des Antimperialismus ist nicht die Oktoberrevolution in Russland. Diese Gefühle entstanden früher... Nicaragua durchlebte eine 40jährige Tyrannei, die von den Yankees befördert wurde. Nicaragua schlug Somoza, den letzten Marinesoldat der Yankees. Vielleicht kann man wegen dieser Geschichte der Kämpfe verstehen, warum wir zutiefst Antimperialisten sind.“

Der Präsident Boliviens Luis Arce entschuldigte sich für die Schwierigkeiten, welche die Putschregierung nach 2019 Kuba bereitete. Er verurteilte die Wirtschaftsblockade gegen Kuba, Nicaragua und Venezuela als internationales Verbrechen.

Luis Arce hob die Bedeutung der Allianz hervor und unterbreitete eine Reihe konkreter Vorschläge, darunter den Aufbau von Lebensmittel- und Arzneibetrieben. Bolivien werde in dieser Richtung arbeiten.

Der Präsident Boliviens Luis Arce verkündete humanitäre Hilfe für Kuba. Sie besteht aus 15 Tonnen Lebensmitteln und fünf Tonnen Medikamenten. Er wiederholte die Solidaritätsformel Fidel Castros: „Wir geben nicht das, was übrig ist. Wir teilen das, was wir haben... Heute braucht uns das kubanische Volk und wir helfen unserem Brudervolk mit dem, was wir haben. Angesichts der verschärften verbrecherischen Blockade der USA gegenüber Kuba wird

unsere Antwort immer Solidarität und mehr soziale Gerechtigkeit für unsere Völker sein. Kuba ist nicht allein!”

Der Premierminister von San Vicente und Grenadinen Ralph Gonsalves dankte den Mitgliedern von ALBA-TCP für die Unterstützung und humanitäre Hilfe beim Wiederaufbau seines Landes nach dem Ausbruch des Vulkans La Soufriere im vergangenen Sommer. Er lehnte die Blockaden gegen Kuba, Venezuela und Nicaragua ab. Gonsalves erinnerte daran, dass die Mission von ALBA darin besteht, die Zukunft der Region zu bestimmen. „Es ist unser Recht, unseren Weg nach unseren Vorstellungen und Wünschen zu verfolgen... Wir müssen uns daran erinnern, wer wir sind und dürfen nicht erlauben, dass andere das bestimmen.“

Der Premierminister kritisierte die Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Impfstoffe. Er sagte, dass die Länder der Region den kubanischen Impfstoffen vertrauen. Er persönlich hoffe auf die Lieferung kubanischer Impfstoffe.

Der Premierminister von Granada Keith Mitchell dankte Kuba für die Hilfe, die sein Inselstaat seit der Präsidentschaftszeit Fidel Castros erhielt. Er verurteilte die Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die angeblich den Terrorismus fördern. Mitchell unterstützte die Entwicklung der ALBA-Bank. „Wir benötigen eine noch stärkere Einheit für den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand. Den fordern und brauchen unsere Völker. Es darf nicht erlaubt werden, uns zu trennen.“

Der Handelsminister von Dominika Ian Douglas dankte den Ländern der Allianz für die Solidarität, die sie nach den Naturkatastrophen seinem Land erwiesen.

Auch der Repräsentant von Antigua und Barbuda Dean Jonas dankte Kuba und Venezuela für die Hilfe. Sein Inselstaat erwartet die Impfstoffe aus Kuba.

Der Außenminister von Santa Lucía Alva Romanus Baptiste sagte, dass ALBA-TPC ein Beispiel der regionalen Integration und wirtschaftlichen Zusammenarbeit darstellt. Damit können die Probleme der Region gelöst werden.

Der Geschäftsführer der Bolivarischen Allianz Sacha Llorenti stellte die Abschlusserklärung und den Arbeitsplan für 2022 vor, die der Gipfel von ALBA-TPC angenommen hatte. Im Zentrum stehen die Verstärkung der internationalen Präsenz bei der Verteidigung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Widerstand gegen die Blockaden und das Justifizieren der

Politik. Vorgesehen ist die Erarbeitung eines umfassenden Planes der Entwicklung der Wirtschaft, der Finanzen und des Handels. PetroCaribe, „Fischfang ALBA“, „Landwirtschaft ALBA“, „ALBA Kultur“, „ALBA Gesundheit“, „ALBA Lebensmittel“, „Intra ALBA Transport“ und die technischen Messen sollen neu belebt werden. Geplant ist das Projekt „Wirtschaftszone ALBA-TCP“. Die soziale Agenda von ALBA-TCP geht mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen einher. Sie enthält die Unterstützung der Forderung der Eingeborenen- und Karibikvölker nach Wiedergutmachung für die Schäden, die im Verlauf der Jahrhunderte der Kolonialismus, der Neokolonialismus und die Sklaverei verursachten.

Die Geschäftsführung von ALBA-TPC schlug vor, ein Observatorium gegen die Einmischung zu schaffen. Auf dem sogenannten „Gipfel für Demokratie“, den die USA einberief, sprach man von 400 Millionen US-Dollar für die Einmischungspolitik. Sie soll an sogenannte NRO überwiesen werden, die in Wirklichkeit der Außenpolitik ihrer Regierungen dienen. Das Observatorium wird eine Karte über das Schicksal dieser Fonds und die Anwendung der Einmischungspolitik gegen die Länder der Region erarbeiten.

Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit 2021

Information der Zentralbank Nicaraguas



Nach dem Bericht der Zentralbank war 2021 ein Jahr der wirtschaftlichen Wiederbelebung Nicaraguas. Die Pandemie verursachte Spannungen in der Wirtschaft und im Gesundheitswesen. Der Negativeffekt des Jahres 2020 wirkte sich auf die Wirtschaft und die Beschäftigung aus. Die staatliche Politik und die ständige Förderung der Produktion brachten jedoch 2021 positive Ergebnisse.

Der Grundsektor und die Exporte erholten sich, was wiederum den Konsum und die Investitionen belebte. Zum Abschluss des 3. Quartals 2021 wuchs das Bruttoinlandprodukt (BIP) um 9,7 Prozent. Das Wirtschaftswachstum erreichte 9,9 Prozent. Die Wachstumsraten ausgewählter Sektoren: Minen und Steinbrüche 43,2 Prozent, Bauwesen 40,7 Prozent, Handel 17,3 Prozent, Leichtindustrie 14,7 Prozent, die Stromversorgung 8,1 Prozent, Fischerei 6,8 Prozent, Hotels und Restaurants 6,5 Prozent, Transport und Kommunikation 6,4 Prozent, Landwirtschaft 3,1 Prozent und Wasserwirtschaft 2,8 Prozent.

Die Brutto-Kapitalbildung wuchs um 37,8 Prozent und die privaten Investitionen um 39,8 Prozent. Die Importe stiegen um 19,5 Prozent und die Exporte um 17,4 Prozent. Der allgemeine Konsum wuchs um 7,6 Prozent, der Konsum der Haushalte um 8,2 Prozent und der Konsum der Regierung um 4,9 Prozent. Die wichtigsten Wirtschaftssektoren haben sich nicht nur erholt, sie expandierten auch. Die Wirtschaftskraft kehrte auf einen guten Wachstumsweg zurück. Als Folge dieser Wirtschaftssituation verbesserte sich die Lage auf dem Beschäftigungssektor. Die Arbeitslosenrate ging zurück. Sie betrug im 3. Quartal 4,3 Prozent. Das Sozialversicherungssystem registrierte 774.404 Beitritte.

Die Weltwirtschaftslage und die Marktregulierungen bewirkten einen Anstieg der Energie- und Treibstoffpreise. Es folgten Preisanpassungen bei den Grundstoffen. Daraus ergaben sich Schwierigkeiten in den Verarbeitungsketten, die durch das Auftreten neuer COVID-19-Varianten noch verschärft wurden. Die internationale Inflation stieg auf 7,1 Prozent. Im November 2021 betrug die Inflationsrate in Nicaragua 5,7 Prozent. Die Kernrate der Inflation bei den Preisen des Grundwarenkorb liegt bei 5,0 Prozent. Die Hauptursache für den Anstieg der Inflationsrate besteht nach Auffassung der Zentralbank in den höheren Treibstoffpreisen.

Perspektiven 2021 und 2022

Die guten Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit bewegten die Zentralbank dazu, das erwartete Wirtschaftswachstum 2021 zwischen 6,0 und 8,0 Prozent nach oben zu korrigieren. Es könnte zwischen 7,5 und 9,5 Prozent liegen. Aber auch die erwartete Inflationsrate von 5,0 bis 6,0 Prozent könnte sich auf 6,0 bis 7,0 Prozent erhöhen.

Der Wirtschaftsbericht der Zentralbank enthält die wichtigsten makroökonomischen Kennziffern. Sie gelten als hauptsächliche Indikatoren der Voraussagen für die Produktion und die Geschäfte im kommenden Jahr 2022.

Der Bankchef drückte seine Überzeugung aus, dass die Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner, denen das Wohlbefinden des Landes am Herzen liegt, auch im neuen Jahr alles tun werden, damit das Land weiterhin gute Wirtschaftsergebnisse erreicht, die es auf seinem Weg der Entwicklung und des Fortschritts voranbringen.

Inhalt:

Die Linke Lateinamerikas: Erfolgswellen und Gegenwinde	1
Managua-Beijing: Die neue Route	6
XX. ALBA-Gipfel in Havanna	9
Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit 2021	14

Redaktionsschluss: 30. Dezember 2021

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de